Signatur:	2025.SR.0055
Geschäftstyp:	Interpellation
Erstunterzeichnende:	Thomas Glauser (SVP), Alexander Feuz (SVP)
Einreichedatum:	27. Februar 2025

Interpellation: Kritische Fragen zu den neusten Schildbürgerstreichen der Stadtverwaltung und Verkehrsplaner für die Verbesserung des Durchgangs für die Kehrichtabfuhr und für die Notfallfahrzeuge im unteren Kirchenfeld.

Frage

Der Gemeinderat wird höflich um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Unlängst wurden im unteren Kirchenfeld (Denzlerstrasse/Schillingstrasse) zwischen 36% und 39 % der Parkplätze aufgehoben, dies mit der Begründung, dass der Durchgang für die Kehrichtabfuhr und die Notfallfahrzeuge verbessert, d.h. verbreitert werden müssen. Nun sollen in Zukunft die wenigen Parkplätze vom Trottoir ganz auf die Strasse versetzt werden; zusätzlich wird die Strasse mit hässlichen Blumentöpfen «aufgewertet».
   1.1. Führt diese Neukonzeption nicht wieder zu einer Verschlechterung der Durchfahrten für die Kehrichtabfuhr und die Notfallfahrzeuge im Gegensatz zum heutigen Ist-Zustand? Wenn ja, wieso werden die Parkplätze gleichwohl verlegt? Wenn nein, warum nicht?
   1.2. Der angestrebte Zweck wird nicht erreicht. Viele Anwohner fühlen sich von der Stadt hintergangen: vorher war es passierbar und die Anwohner hatten genügend Parkplätze, jetzt ist es wieder eng auf der Strasse, aber die Anwohner haben viel weniger Parkplätze? Verstehen steht der Gemeinderat den Unmut diverser Anwohner? Wenn ja, was tut er dagegen? Wenn nein, warum nicht?
2. Infolge der Verlegung der Parkplätze ganz auf die Strasse wird die Zufahrt in die teilweise engen Garage-Zufahrten schwierig, da es an Manöverierraum fehlt. Ist der Gemeinderat bereit, in Einzelfällen nach einer sachgerechten Lösung zu suchen (z.B. Beibehalten der Parklätze an den bisherigen Standorten, teilweise auf Trottoir; Aufhebung einzelner Parkplätze, damit im Eingangsbereich mehr «Manöverierraum» für Einfahrten gewonnen werden kann oder Verlegung Parkplätze auf andere Strassenseite? Die Variante 1 käme nach Auffassung der Fragesteller am günstigsten, da hier keine Verkehrsmassnahmen publiziert werden müssten. Wenn nein, bleibt den Anwohnern nur der Rechtsmittelweg oder gibt es andere Massnahmen?
3. Mit welchen Kosten für den Steuerzahler und zeitlichen Verzögerungen ist zu approximativ rechnen, wenn die betroffenen Anwohner den Rechtsmittelweg ergreifen und gewinnen?
4. Plant die Stadt noch andere Schildbürgerstreiche dieser Art (Aufheben Parkplätze wegen Kehrichtabfuhr/Notfallfahrzeugen; anschliessend Verlegen Parkplätze ganz auf Strasse)? Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht?
5. Wieso informierte die Stadt nicht von Anfang an offen, dass sie nach Aufhebung der Parkplätze die verbleibenden Parkplätze auf die Strasse verlegen will? Wollte sie mögliche Einsprachen verhindern? Wenn nein, was war der Grund?

Begründung

Ergibt sich aus der Fragestellung.